

NEUSTADT-KURIER



7. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



April 1988

Lufthoheit am Stammtisch

Dieser Ausdruck machte Schlagzeilen: Die Lufthoheit bei den Diskussionen am Stammtisch muß wieder bei der CSU liegen, erklärte der stellvertretende Generalsekretär der CSU, Erwin Huber, bei seinem Besuch in Neustadt. Durch die alte Freundschaft mit Jürgen W. Heike, der gemeinsam mit Erwin Huber im Landesausschuß der Jungen Union saß, kam Erwin Huber zu einer Kreisdelegiertenversammlung nach Neustadt. Im vollbesetzten Saal des Grüntales referierte er über eine Stunde und konnte die anwesenden Zuhörer begeistern. Seine Feststellungen über die momentane Situation innerhalb der Partei wurden von den Mitgliedern aufmerksam und zustimmend zur Kenntnis genommen. Die Diskussion innerhalb der Partei über ihr Erscheinungsbild bezeichnete Huber als berechtigt, aber zweitrangig. Zunächst einmal sollte man sich mit dem politischen Gegner auseinandersetzen, der es sehr leicht habe, da man immer nur bei sich selber kritisiere, die Fehler des politischen Gegners offensichtlich gar nicht mehr erkenne. Ein besonderer Aspekt war die Möglichkeit der Diskussion in der über Umweltfragen genauso diskutiert wurde, wie Frauen der inneren Sicherheit. Peinlich war jedoch der Auftritt eines Diskutanten, der offensichtlich gerne den Generalsekretär und die Neustadter Stadtratsfraktion der CSU auseinanderdividiert hätte.

In einer Frage, was der Generalsekretär der CSU von den kommunalen Umweltberatern hielte, offenbarte er sich selbst. Während Stadtrat J. W. Heike kurz die Stellung der Fraktion schilderte, brachte Erwin Huber den Tatbestand „auf den Punkt“: Als Umweltberater eignet sich derjenige am besten, der über das entsprechende Fachwissen verfügt. Die Umweltberatung muß von den einzelnen Sparten, nicht aber von den „Alleskönnern“ ausgeübt werden. Heike fügte diesen Feststellungen noch das Bonmot bei, daß er von einem Umweltberater mehr verlange, als nur Abitur und 10 Wochen Studium in Mitwitz, eine Ausbildung, die bisher noch nicht einmal anerkannt sei. Er spielte damit auf die berufliche Qualifikation eines der Umweltberater an, der, so argwöhnt die CSU nach wie vor, nur deshalb eingestellt wurde, weil der Vater als verdientes SPD-Mitglied für seinen Nachwuchs eine Arbeitsstelle brauchte. Erwin Huber verabschiedete sich von Neustadt mit dem Versprechen, daß er sicherlich noch nicht das letztemal in Neustadt gewesen sei. J. W. Heike schenkte ihm zum Abschied für seine Kinder, die so oft auf ihren Vater verzichten müssen, einen Gruß aus der Bayerischen Puppenstadt: Eine Puppe für jedes der beiden Kinder, die darüber hinwegtrösten sollen, daß ihr Vater so häufig unterwegs sein muß.

Feindbild!

„Die Männer sind alle Verbrecher“, so lautet der Text eines alten Schlagers. Die Stadträtin Heike Stegner (SPD) scheint diesen Schläger für bare Münze zu nehmen. Sie hat ihr Feindbild, das hält sie durch, auch wenn sie damit völlig daneben liegt! So hat sie in der Stadtratssitzung am 21.3., vom Oberbürgermeister ungerügt, erklären können, daß Männer Frauen grundsätzlich nur als „Lustobjekte“ sähen, insbesondere aber die Mitglieder der CSU-Stadtratsfraktion die Frauen diskriminieren, eine frauenfeindliche gesellschaftspolitische Einstellung hätten und für Frauen und Mädchen prinzipiell nichts tun wollten. Diese Haßtirade, die beliebig verlängert werden könnte, ist bei H. S. nicht neu, aber bedauerlich. Vielleicht wäre ihr zu raten, sich einmal ein „richtiges Familienleben“ anzusehen (oder gar selbst vorzuleben!), damit sie ihre Meinung einmal auf ein richtiges Maß bringen kann. Sicher, wenn man Zeuge einer Ehescheidung im Elternhaus wird, kann man einen „Knacks“ bekommen, wenn man aber später selber zwei (in bald drei) Kinder hat, ohne verheiratet zu sein, muß man sich halt fragen lassen, ob man in seinem Bild der Familie nicht irgendwelchen Fehleinschätzungen nachhängt.

Das Bild der H. S. von Männern, die als Pascha in der Familie auftreten, die die arme Ehefrau unterdrücken und keine andere Meinung, als ihre eigene zulassen, fällt auf die zurück, die immer wieder solche, mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmenden Vorstellungen von „den Männern“ verbreiten. Vielleicht stammt diese Erkenntnis der H. S. aus eigenen Erkenntnissen in ihrer Arbeit als ABM-Kraft im „Frauenhaus“ in Coburg. Die Realität und Normalität des Zusammenlebens ist es sicher nicht!

Wenn der Satz richtig ist, daß der Mensch durch seine Umgebung geprägt wird, so muß sich auch die SPD-Fraktion nach der Einstellung ihres Fraktionsmitgliedes fragen lassen. Stadtrat J. W. Heike scheint „ins Rote“ getroffen zu haben, als er seine Ausführungen gegen die Beleidigungen der H. S. mit dem Satz beendete „Wir von der CSU-Fraktion verprügeln unsere Frauen nicht!“. Hatte er da vielleicht einen konkreten Vorfall in Erinnerung?



Lobenswerter Versuch

In der Februar-Ausgabe des Neustadt-Kuriers haben wir die Leser aufgefordert uns Deutungsversuche zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD, W. Knauer, MdL, zu liefern. Nur einige wenige haben sich getraut das Angebot der Redaktion wahrzunehmen und folgende Textpassage zu deuten:

„Die relativ günstigen Arbeitslosenzahlen von April bis November täuschen über die Wirklichkeit hinweg: Das Durchschnittseinkommen pro Erwerbstätigen beträgt in München ungefähr 42 000,- DM pro Jahr, während wir im Arbeitsamtsbezirk bei etwa 27 000,- DM pro Jahr liegen. Würde man das hochrechnen, ergäbe sich eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit für unseren Bezirk.“

Unser Leser Gerhard Korn hat folgende Deutung übermittelt:

Lieber Neustadt-Kurier,

Dein Artikel „Mein Gott, Walter“ in der sechsten Ausgabe des NK hat mich derart amüsiert, daß ich mir einige Minuten Zeit genommen habe, um die Rechnung der Arbeitslosigkeit nachzuvollziehen. Ich gebe zu, daß mich auch das Angebot einer Flasche Sekt angestachelt hat. Nun zu meiner Überlegung:

Wenn ein Erwerbstätiger aus dem Arbeitsamtsbezirk Coburg sein Einkommen von 27 000,- DM auf 42 000,- DM, wie in München, erhöhen will, dann muß er versuchen sein Einkommen um ca. 56 % zu steigern. Das kann er aber nur, wenn er täglich 12,5 Stunden anstatt 8 Stunden arbeitet.

Da aber seitens der Berufsgenossenschaften die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden begrenzt ist, kommt er nur auf ein maximales Einkommen von 34 000,- DM.

Für die noch verbleibende Differenz von 8 000,- DM benötigt er eine zweite Steuerkarte und einen zusätzlichen Arbeitsplatz. Da er aber diesen zusätzlichen Arbeitsplatz nicht findet, fehlen ihm zum Einkommen eines Münchners noch 24 %. Diese 24 % sind gleichzusetzen mit einer eigentlich 24 % höheren Arbeitslosenzahl im Bezirk Coburg.

Alle Angaben ohne Gewähr, na denn Prost!

gez. Gerhard Korn

Unsere Antwort:

Lieber Gerhard Korn, allein die Mühe, die Du Dir gegeben hast, um hier einen originellen Lösungsvorschlag für die verworrenen und ernsthaft nicht nachzuvollziehenden Aussagen dieses „Elite-Politikers“ zu finden verdient ihre Belohnung. Wir werden Dir in den nächsten Tagen die versprochene Flasche Sekt zukommen lassen!

Die Redaktion

Nichts wissen macht auch nichts! (Fortsetzung)

Hinkte die SPD-Führungsspitze beim Antrag zur Turnhallen-Überprüfung mit ihrem „Dringlichkeits“-Antrag nur vier Tage hinterher, waren es beim nächsten Antrag gleich neun Monate, die der Antrag verspätet eingebracht wurde. Es ging um die Energieversorgung von Sonneberg. Mit großem Bild ließ sich Walter Knauer, der Ideenproduzent seiner Fraktion, am verfallenen Gashäuschen an der „Gebrannten Brücke“ fotografieren. Pech für ihn, daß er nicht wußte, daß die CSU-Stadtratsfraktion bereits im April 1987 den Vorschlag an die zuständigen Stellen weiterleitete, damit im sensiblen deutsch-deutschen Verhältnis diese Sachfrage geklärt werden könnte. Während sich die CSU-Fraktion um die Sachfragen kümmerte und die Bearbeitung über die zuständigen Stellen einleitete, mußte der SPD-Fraktionsvorsitzende seine Existenz und Berechtigung beweisen und tönte deshalb vollmundig, ohne vorher sich informiert zu haben. Über technische und vertragliche Probleme machte er sich keine Gedanken, das Recherchieren der Probleme überließ er den Zeitungen, die danach postwendend feststellten: So wie es W. K. gerne möchte, geht es gar nicht!

Ein weiterer Antrag, der nicht auf eigenen Mist gewachsen war, folgte postwendend:

Die Bezuschussung von Schul- und Seniorenfahrten in die DDR. Sicher ist dieser Vorschlag positiv zu bewerten, aber er ist auch nicht neu. Der Kreistag hat bereits vor mehr als zwei Jahren, nämlich am 23. 5. 1985 beschlossen, „Lehrfahrten von Schulklassen aus dem Landkreis Coburg in die DDR“ zu unterstützen. Zusätzlich hat die NP recherchiert und festgestellt, daß es überhaupt keine Möglichkeiten gibt, so wie der große Fraktionsvorsitzende der SPD sich dies vorstellt, mit Busreisegruppen im Rahmen eines Tagesausfluges nach Sonneberg zu fahren (NP vom 20. 1. 1988).

Es bleiben eigentlich nur noch Fragen: Gibt es für einen MdL keine Möglichkeit, dies selbst herauszufinden?

Sollten mit diesen Anträgen Aktivitäten vorgetäuscht werden, weil man sonst nichts Positives bringen kann?

Zeigen diese Anträge vielleicht die ganze gedankliche Fülle der Fraktionsspitze?

Es bleibt zu hoffen, daß im Interesse der Stadt die Mehrheitsfraktion auch Anträge einbringen kann, die nicht zu dem Stoßseufzer der anderen Fraktionen führt:

Mein Gott, Walter!

- 3 -

CSU

Quellensteuer

Auf Grund der Ausführungen des NK in der Dezember-Ausgabe über die Steuerreform kam es zu einer Reihe von Nachfragen aus der Bevölkerung. Einen besonders breiten Raum nahm dabei die Frage hinsichtlich der Besteuerung von Sparguthaben etc. ein. Häufig wurde dabei die grundsätzliche Entscheidung der Bundesregierung übersehen, daß Sparguthaben überhaupt nicht zur Besteuerung herangezogen werden, wenn sie, wie dies bei Sparbüchern üblich ist, dem Zinsbetrag der gesetzlichen Kündigungsfrist entsprechend unterliegen. Nur überdurchschnittliche Verzinsungen unterfallen überhaupt der Besteuerung und dabei müssen dann auch noch mehr als 400,- DM im Jahr an Zinsertägen erzielt werden.

Ein besonderer Gesichtspunkt ist jedoch die Altersversorgung, die von einer Reihe von Bürgern auch durch Lebensversicherung mit speziellen Zinsgutschriften etc. angespart werden. Der Herausgeber des NK, Jürgen W. Heike, hatte deshalb an den Bundesfinanzminister geschrieben und folgenden Antwortbrief nunmehr erhalten:

Sehr geehrter Herr Heike, im Namen von Bundesminister Dr. Stoltenberg danke ich Ihnen für Ihr Schreiben vom 11. Dezember 1987 zur künftigen Erhebung der Kapitalertragssteuer auf Erträge aus Lebensversicherungen.

Die neue Kapitalertragssteuer für bestimmte Erträge aus länger laufenden Le-

bensversicherungen ist im Gesamtzusammenhang des Einkommensteuerrechts zu sehen. Die Einkommensteuer beruht auf dem Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Diese wird auch dort gebildet oder verstärkt, wo Kapitalerträge abwirft. Ob die Erträge aus festverzinslichen Wertpapieren, aus langfristigen Sparverträgen mit einem Kreditinstitut oder aus langfristigen Kapitalansammlungsverträgen mit einem Lebensversicherungsunternehmen fließen, ist im Hinblick auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht unterschiedlich zu werten. Deshalb gebietet dieser Grundsatz, die bisher in § 20 Einkommensteuergesetz vorhandene Lücke bezüglich der langfristigen Lebensversicherung zu schließen.

Die Regierungskoalition hat bei ihren Vereinbarungen zur Steuerreform 1990 aber auch in Rechnung gestellt, daß private Lebensversicherungsverträge der Aufgabe dienen, die gesetzliche und betriebliche Altersversorgung zu ergänzen. Deshalb soll die Kapitalertragssteuer bei langfristigen Lebensversicherungen, also bei dem weit überwiegenden Teil des Vertragsbestandes, nicht von den rechnungsmäßigen Zinsen erhoben werden. Darüber hinaus soll die Kapitalertragssteuer wegen der besonderen Aufgabe des Versicherungssparens die Einkommensteuer auf die Lebensversicherungserträge abgelenken. Hierdurch bleibt die Kapitalanlage in einer Lebensversicherung immer noch eine steuerlich begünstigte Sparform. Dies gilt um so mehr, als die

Fortsetzung nächste Seite

KALENDER

- 2. 4. 88, 20.00 Uhr JU-Stammtisch, Alte Post
- 6. 4. 88, 20.00 Uhr FU-Stammtisch, Fürth am Berg. „Bewußte Ernährung“
- 9. 4. 88, 9.30 Uhr CSU-Kommunalpolitisches Seminar in Schloß Banz
- 20. 4. 88, 20.00 Uhr CSU-Mitgliederversammlung „Kommunale Fragen in Neustadt“

Bildung des von den Versicherungsunternehmen zusammengetragenen Kapitals weiterhin – anders als die meisten anderen Formen der Kapitalbildung – durch den Sonderausgabenabzug begünstigt wird.

Die Steuerreform 1990 wird auch nicht zu einer rückwirkenden Erhöhung der Besteuerung von Erträgen aus Lebensversicherungen führen. Vorgesehen ist lediglich, Erträge aus Lebensversicherungen – und zwar mit Ausnahme der sog. rechnungsmäßigen Zinsen – zu besteuern, die nach dem 31. Dezember 1988 zufließen. Soweit beabsichtigt ist, bisher steuerfreie Erträge für die Zukunft zu besteuern, werden die Inhaber von Lebensversicherungsverträgen nicht schlechter behandelt als andere Steuerpflichtige, die bei ihren Entscheidungen von der Erwartung ausgegangen sind, das geltende Steuerrecht werde fortbestehen. Nach ständiger Verfassungsrechtssprechung ist der Gesetzgeber nicht gehindert, für die Zukunft die steuerlichen Folgen eines in der Vergangenheit liegenden Verhaltens zu verschärfen. Der im Vergleich zur Besteuerung sonstiger Kapitalerträge niedrige Steuersatz von 10 v. H. zeigt, daß der Gesetzgeber die Lebensversicherung

gleichwohl weiterhin steuerlich begünstigt.

In der Besteuerung der Erträge aus sog. befreienden Lebensversicherungen ab 1989 liegt auch keine Benachteiligung im Verhältnis zu den Sozialversicherungsrenten. Der Anreiz zu sog. befreienden Lebensversicherung lag seinerzeit vor allem darin, daß das in die Lebensversicherung eingezahlte Geld in vollem Umfang dem Versicherungsnehmer zugute kommt, so daß er nach Beendigung der „Ansparphase“ eine deutlich höhere Rente erwarten konnte, als wenn er weiter in der Sozialversicherung versichert geblieben wäre. Denn in der Solidargemeinschaft der Sozialversicherung tragen diejenigen, die hohe Beiträge aufbringen, zum Teil auch die Finanzierung der Renten derjenigen mit, die auf Grund geringerer Löhne und Gehälter nur niedrigere Sozialversicherungsbeiträge leisten können, so daß dort insgesamt kein so hohes Rentenniveau zu erzielen ist.

Darüber hinaus sind die Schmälerung des Kapitals durch die Kapitalertragsteuer, das bei einer Lebensversicherung am Ende der „Ansparphase“ als Grundlage einer Rente zur Verfügung steht, nicht sehr groß, weil die neue Kapitalertrag-

steuer nur die ab 1989 dem Versicherungsnehmer gutgeschriebenen Erträge erfaßt, also bei der Mehrzahl der befreienden Lebensversicherungen nur einen kleineren Teil der Erträge. Ein Absinken des Steuerpflichtigen auf das Sozialniveau steht also nicht zu befürchten. Dies wird auch daraus deutlich, daß der Verband der Lebensversicherungsunternehmen für eine Versicherung mit der durchschnittlichen Laufzeit von 27 Jahren, die von Anfang an der neuen Kapitalertragsteuer unterliegt, insgesamt nur eine Minderung des gesamten am Ende verfügbaren Kapitals von 5 bis 7 v. H. – je nach Tarifgestaltung – errechnet hat.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Friedrich Voss

Die Redaktion ist für diese Information zwar dankbar, kann sich jedoch der Kritik nicht verschließen, daß hier eine Befreiung dieser, eindeutig der Altersversorgung geltenden Beträge dringend zu empfehlen wäre. Wenn es tatsächlich, wie das Ministerium dies übermitteln, nur um geringfügige Besteuerungen geht, können diese Beträge auch bedenkenlos von der Besteuerung ausgenommen werden, wie dies in anderen Fällen auch vorgesehen ist. Die Redaktion

JU-Neuwahlen

Am Freitag, 11.4.1988, war es soweit: Nach längerer „Ruhepause“ wurde die Junge Union in Neustadt wieder belebt. Sicher waren es in den vergangenen zwei Jahren die fehlenden Initiativen, aber auch eine Generation, die in der politischen Arbeit keine erstrebenswerten Ziele sah. Mit der neuen jungen Generation um Hermann-Albrecht Hess und seinen Vorstand dürfte dieser „Dornröschenschlaf“ beendet sein. Es besteht nunmehr die Hoffnung, daß neben der Frauenunion auch die Junge Union ein wesentlicher Bestandteil des politischen Lebens in Neustadt wieder wird. Der ehemalige Ortsvorsitzende Jürgen W. Heike, heute Stadtrat und CSU-Fraktionsvorsitzender im Kreistag, faßte seine Hoffnungen in dem Wunsch zusammen, daß die zukünftige JU in Neustadt an frühere Leistun-

gen anknüpfen könnte. Heike erinnerte dabei an die vielen Veranstaltungen, an viele Initiativen, die letztendlich dazu beigetragen haben, daß eine Reihe von damals jungen Leuten Interesse an der Politik, insbesondere an der Jungen Union gefunden hatten. Diese Generation, so Heike, habe gezeigt, daß sie nicht nur Spaß an der politischen Arbeit hat, sondern insbesondere auch einiges erreicht: Er erinnerte an den heutigen Bundestagsabgeordneten Otto Regenspurger, den dritten Bürgermeister in Neustadt, Bernhard Häfner und letztlich auch an seine Person, die alle innerhalb ihrer Aktivitäten in der politischen Szenerie Erfolge überdurchschnittlicher Art aufzeigen könnten.

Heike hob insbesondere hervor, daß die Mitgliedschaft in der Jungen Union keine Zwangsmitgliedschaft in der CSU bedeuten würde. Während man automatisch bei der SPD, wenn man unter 35 Jahre alt ist zum „JuSo“ wird, kann man bei der CSU dies frei entscheiden, was ein wichtiger Punkt im Verständnis der Jungen Union gegenüber ihrer Mutterpartei darstellt. Selbstverständlich freut man sich, so Heike, darüber wenn Mitglieder aus der JU zur CSU finden würden. Eine Verpflichtung zum Eintritt in die CSU existiert jedoch nicht.

Heike hob insbesondere hervor, daß die Mitgliedschaft in der Jungen Union keine Zwangsmitgliedschaft in der CSU bedeuten würde. Während man automatisch bei der SPD, wenn man unter 35 Jahre alt ist zum „JuSo“ wird, kann man bei der CSU dies frei entscheiden, was ein wichtiger Punkt im Verständnis der Jungen Union gegenüber ihrer Mutterpartei darstellt. Selbstverständlich freut man sich, so Heike, darüber wenn Mitglieder aus der JU zur CSU finden würden. Eine Verpflichtung zum Eintritt in die CSU existiert jedoch nicht.



Neue Gesichter...

... aber auch bewährte Mithelfer stellten sich zum Erinnerungsbild an die Neuwahlen der Jungen Union in Neustadt: (v. l. n. r.) Beisitzer Michael Felber, ehemaliger Ortsvorsitzender Walter Thamm, Ortsvorsitzender Hermann-Albrecht Hess, stellvertretender Vorsitzender Frank Renner, Kassierer Harald Hofmann, Beisitzerin Tatjana Schirdewahn, Kassenrevisor Michael Eckstein, stellvertretender Vorsitzender Matthias Dietz, Beisitzerin Sonja Renner, Schriftführer Michael Faber, Beisitzer Jaro Kolodziej, Beisitzer Jochen Florschütz, Beisitzerin Silke Wagner, JU-Kreisvorsitzender Klaus Fertsch, FU-Vorsitzende Elke Protzmann und stellvertretender CSU-Kreisvorsitzender Jürgen W. Heike.

KALENDER

1.5.88, Maiwanderung der CSU

4.5.88, 20.00 Uhr FU-Stammtisch, Bgm. Häfner: städt. Verkehrsplan

9.5.88, 20.00 Uhr „Für Bayern in Bonn und Europa“ Dr. Freiherr von Waldenfels

1.6.88, 20.00 Uhr FU-Stammtisch, Israel-Reisebericht (Leonhard Weitz)

Prominenter Besuch

Ein gängiges Vorurteil bei den Bürgern ist die Erklärung, daß die Parteien sich immer nur vor den Wahlen sehen lassen würden. In Neustadt ist dies anders. Dort kann die CSU guten Gewissens behaupten, daß sie die wahlfreie Zeit benutzt, um ihre Interessenten zu informieren. Nachdem nunmehr der stellvertretende CSU-Generalsekretär Erwin Huber in Neustadt weilte, hat sich der nächste Besucher schon angesagt:

Am Montag, 9. Mai 1988, 20.00 Uhr spricht Dr. Georg Freiherr von Waldenfels über den „Bayerischen Einfluß in Bonn“. Dr. von Waldenfels ist Staatsminister für Bundesangelegenheiten und kommt aus dem oberfränkischen Raum. Der 43jährige Jurist stammt aus Hof, ist verheiratet und hat drei Kinder. Seinen politischen Weg begann der Staatsminister in der Jungen Union und war dort langjähriges Mitglied des Bezirksvorstandes. Seit 1974 ist Dr. von Waldenfels Landtagsabgeordneter, bereits in seiner zweiten Legislaturperiode wurde er durch den Ministerpräsidenten Franz-Josef Strauß zum Staatssekretär im Wirtschafts- und Verkehrsministerium ernannt. Als nun ein profunder Kenner der



politischen Zusammenhänge und selbstbewußter Vertreter der bayerischen Belange in Bonn gesucht wurde, fiel die Wahl des Ministerpräsidenten auf Dr. von Waldenfels. Es ist erfreulich, daß die oberfränkische CSU mit ihm einen weiteren Staatsminister neben Simon Nüssel vorzeigen kann. Der Stellenwert der CSU Oberfranken ist damit bestens repräsentiert.

Es bleibt zu hoffen, daß am 9. 5. 1988 eine große Anzahl von Neustadter Bürgern die Gelegenheit wahrnimmt, Dr. von Waldenfels zu hören und im Rahmen der anschließenden Diskussion auch Fragen zu stellen.

- 9 -

Gute Tradition

Es war tatsächlich ein Versuch, der glücklich ist. Ortsvorsitzender Jürgen Petrautzki hatte zunächst große Bedenken, als der Vorstand beschloß, daß das fünfte Starkbierfest der CSU in Neustadt im Saal der Jägersruh durchgeführt wird. Die ca. 200 Besucher erlebten jedoch eine feuchtfröhliche Veranstaltung, die fern von Politik zum Entspannen und zum gegenseitigen Kennenlernen einlud. Auch die Anwesenheit von OB Hellmut Gremmel zeigt deutlich, daß mit dem Starkbierfest nicht irgendeine politische Veranstaltung geplant war, sondern ein Abend in Geselligkeit.

Ermutigt durch die erfolgreiche Veranstaltung will die CSU den Starkbierabend auch im nächsten Jahr wiederholen. Allerdings überlegt man, ob man nicht Überraschungen einbauen könnte, wie z. B. eine Festrede in Form des Salvator-Bieranstichs in München. Leider wird jedoch Walter Sedlmayer hierfür nicht zur Verfügung stehen, so daß man nach Talenten in der heimischen Umgebung sucht.

Eine besondere Leistung vollbrachte übrigens während des Starkbierfestes dritter Bürgermeister Bernhard Häfner, der über 300 Liter Starkbier an die Gäste verkaufte. Wo gibt es das sonst noch, daß der Bürgermeister persönlich die Gäste bedient!

- 9 -

Die Wahrheit?

Es geht immer das Gerücht herum, daß es Politiker mit der Wahrheit nicht ganz so ernst nehmen. Bisher war es meistens nur ein Gerücht, allerdings ist es dann doppelt peinlich für einen Politiker, wenn er sich des Verdachts aussetzt, daß er es mit der Wahrheit nicht ganz so genau nimmt. Da gab es in den letzten Monaten in den Zeitungen eine Reihe von Artikeln über ein Arbeitsverhältnis zwischen dem Landtagsabgeordneten W. Knauer (SPD) und seiner Sekretärin. Deren Verhältnis zueinander war so „kollegial“ geworden, daß die Sekretärin ihren früheren Chef vor dem Arbeitsgericht in Coburg verklagte und dort öffentlich sich über viele „Unwahrheiten in dieser undurchsichtigen Geschichte“ beschwerte. Diese Kraft hatte bereits vorher 12 Jahre für den früheren SPD-MdL Albert Koch gearbeitet und war voll des Lobes über ihren früheren Chef. Der neue Chef, also W. K. soll sich um die Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses nie gekümmert haben, er soll nicht einmal einen Arbeitsvertrag für sie gefertigt haben. Schließlich habe (wie sozial!) der sozialdemokratische Arbeitgeber ihr sogar noch einen „langgeplanten Besuch in der alten Heimat“ verwehren wollen. Im Gericht zeigte sich dann, was von den Ausführungen der Betroffenen zu halten sei. Der Anwalt des SPD-MdL gab zu, daß man „in Beweisnot“ sei, also die eigenen Behauptungen nicht durch Dokumente oder Zeugen untermauern konnte. Er tat deshalb das einzig Richtige: Er erkannte die Ansprüche der früheren Beschäftigten des MdL an, so daß diese noch für sechs Wochen, ohne diese Arbeit ausrichten zu müssen, den Lohn weiterbezahlt erhält. Auch die Kosten des Verfahrens muß Walter Knauer zahlen.

Ein bitterer Beigeschmack bleibt halt doch übrig, wenn man bedenkt, daß sich die SPD immer so gerne als Arbeiter-Partei bezeichnen läßt. Abgesehen von der fehlenden Präsenz der „Arbeiter“ in den Führungsgremien dieser Partei ist dieses Verhalten sicherlich nicht als arbeiterfreundlich zu würdigen!

- 19 -



Spruch des Tages

*„Der Gescheiterte gibt nach:
ein unsterbliches Wort. –
Es begründet die Weltherrschaft
der Dummheit.“*

(Marie von Ebner-Eschenbach)

CSU

Herausgeber:
Jürgen W. Heike, Arnoldplatz 9, 8632 Neustadt b. Coburg
Verantwortliche Redakteure:
Arno Bätz, Bernhard Häfner, Gerhard Knoch, Dr. Hans Mutschmann, Erich Müller, Jürgen Petrautzki, Leonhard Weitz.